

Demografie-Check 2025: Wo Landshuts öffentlicher Dienst vor dem Umbruch steht

Aufzeigen der demografischen Herausforderungen und der bevorstehenden Ruhestandswelle in den öffentlichen Dienststellen Landshuts.

Der Demografie-Check Bayern analysiert die Altersstruktur von 46 öffentlichen Dienststellen in Landshut. Ziel ist es, Behörden zu identifizieren, die bis 2025 durch überdurchschnittlich viele Ruhestandsaustritte (Mitarbeiter über 60 Jahre) belastet sein werden.

Gefahrenzone Ruhestand: Die Lage in Landshut

46 Dienststellen im Check
Untersuchung der Altersstruktur in fast allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt und des Landkreises.

9 kritische Brennpunkte

Diese Dienststellen sind durch eine überdurchschnittlich hohe Zahl an bevorstehenden Pensionierungen besonders gefährdet.



Fokus auf die Generation 60+: Die Analyse prognostiziert den Personalbedarf basierend auf dem Anteil der Mitarbeiter, die 2025 das Rentenalter erreichen.



Spitzenreiter der demografischen Belastung



Baubereich und Verwaltung stark gefordert: Besonders technische Dienste wie das Bauamt und spezialisierte Verwaltungen zeigen kritische Überalterungswerte.

Dienststellen mit höchstem Handlungsbedarf (2025)

Burgverwaltung Landshut	29%
Straßenmeisterei Dingolfing (Bauamt)	23%
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	

© NotebookLM



Rüdiger Frey / 05.03.2026

Part 7 Demografie-Check Bayern – Landshut

In der Fortsetzung unserer Analyse blicken wir heute auf das niederbayerische Landshut.

Hier zeigt sich ein differenziertes Bild: Von den insgesamt 46 untersuchten staatlichen Dienststellen sind die meisten aktuell demografisch stabil aufgestellt.

Alle Daten sind übrigens öffentlich über die Webseite des Bayerischen Landtages unter der Drucksache 19/8163 zugänglich.

Der Landshuter Faktencheck (Anteil Beschäftigte über 60 Jahre in 2025):

Während Institutionen wie die Justizvollzugsanstalt oder das Amt für Digitalisierung mit nur 2 % glänzen, steuern andere Behörden auf eine personelle Herausforderung zu.

Die 9 identifizierten Brennpunkte (> 15 %):

Behörde / Dienststelle (Stand 2025) - Anteil Beschäftigte > 60 Jahre

Burgverwaltung Landshut, 29 %

Staatliches Bauamt Landshut (Straßenmeisterei Dingolfing), 23 %

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Abensberg-Landshut, 22 %
Staatliche Berufsschule III für Keramik Landshut, 20 %
Staatliche Berufsschule IV Landshut-Schönbrunn, 18 %
Staatsarchiv Landshut, 17 %
Landesamt für Finanzen Dienststelle Landshut, 16 %
Sozialgericht Landshut, 16 %
Staatliches Bauamt Landshut (Straßenmeisterei Landshut), 16 %

Weitere markante Werte aus der Region:

Justiz: Amtsgericht (15 %), Landgericht (13 %), Staatsanwaltschaft (10 %).

Bildung: Hans-Leinberger-Gymnasium (13 %), Grundschule Landshut-Berg (10 %),

Analyse: Spezialwissen und Infrastruktur in Gefahr

Der Fall Landshut bestätigt erneut das Risiko der „Mittelwert-Falle“. Würde man nur den Durchschnitt der 46 Dienststellen betrachten, erschiene die Lage in Landshut entspannt.

Doch der detaillierte Blick zeigt:

An der Burgverwaltung Landshut ist bereits heute fast jeder dritte Beschäftigte (29 %) über 60 Jahre alt. Hier droht in naher Zukunft ein massiver Verlust an spezifischem Verwaltungswissen für eines der wichtigsten Wahrzeichen der Region.

Kritische Infrastruktur: Dass die Straßenmeistereien (Dingolfing 23 %, Landshut 16 %) so hohe Werte aufweisen, ist ein Warnsignal für den Erhalt der Verkehrswege.

Fachkräftemangel in der Ausbildung: Mit Quoten von 20 % (Berufsschule III) und 18 % (Berufsschule IV) verlieren genau die Institutionen ihre erfahrensten Lehrkräfte, die den Fachkräftenachwuchs für die Wirtschaft ausbilden sollen.

Landshut verdeutlicht, dass die „doppelte Lücke“ besonders dort zuschlägt, wo spezialisiertes Fachwissen (Keramik-Berufsschule, Archivwesen, Straßenbau) vorhanden ist.

Wir fragen das [Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat](#):

Wie sollen diese hohen Abgänge kompensiert werden, wenn gleichzeitig die Fluktuation bei jungen Beschäftigten landesweit zunimmt?